



Dr. Edgar Franke

13. September 2024

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

13. September 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Gesundheitspolitik

Neue Praktikantin im Team Franke

Ausgezeichnet

Wahlkreisfahrt - zu Besuch im politischen Berlin

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat mit einer Feierstunde an den 75. Jahrestag seiner ersten Sitzung am 7. September 1949 erinnert. In diesen 75 Jahren hat das deutsche Parlament die Bundesrepublik geprägt. Es gegen die Feinde der Demokratie zu schützen, ist nach wie vor unsere wichtigste Aufgabe.

Der frühere Bundesinnenminister Gerhard Baum hat mich mit seiner Ansprache im Rahmen der Feierstunde tief beeindruckt. Die liberale Demokratie stehe weltweit unter Druck autoritärer Kräfte, sagte er und betonte, dass er eine solche Situation in seinem langen Leben noch nicht erlebt habe. Er verglich sie mit dem Kalten Krieg, der auch eine starke Bedrohung gewesen sei, doch was heute an Brandherden und möglichen Brandherden bestünde, könne damit nicht standhalten.

Zuversicht strahlte unsere Bundestagspräsidentin Bärbel Bas aus. Bei allen Problemen dürfe nicht vergessen werden, dass der Bundestag in 75 Jahren immer wieder bewiesen habe, dass Krisen trotz harter Kontroversen bewältigt werden.

Und noch ein Thema liegt mir sehr am Herzen: Zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause hatte das Bundesverfassungsgericht das Herzstück unserer Wahlrechtsreform, nämlich die Verkleinerung des Bundestags, bestätigt. Damit wird der nächste Bundestag 2025 nach dem neuen Wahlrecht gewählt.

Konkret bedeutet das nicht nur ein Stopp der Zunahme der Mandatsträger, sondern tatsächlich eine Verkleinerung des Deutschen Bundestags auf 630 Abgeordnete. Es bleibt aber wie bisher bei 299 Wahlkreisen, womit auch mein Wahlkreis für Schwalm-Eder und das Frankenberger Land erhalten bleibt.

Euer und Ihr





Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025 im Bundestag eingebracht

Nach der parlamentarischen Sommerpause haben wir diese Woche mit der 1. Lesung des Bundeshaushalts 2025 wieder den parlamentarischen Betrieb aufgenommen.

Auch die diesjährigen Haushaltsverhandlungen finden im Schatten des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der daraus folgenden schwierigen Wirtschaftslage statt. Vermeintlich einfache Antworten von Extremisten und Populisten auf aktuell dringende Fragen bieten aber keineswegs ernsthafte Lösungen.

Die schwere Inflation konnten wir gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) bereits in den Griff bekommen. Jetzt gilt es auch, die Wirtschaft weiter anzukurbeln. Dabei geht es uns nicht nur um neue Arbeitsplätze durch das Ansiedeln zukunftsorientierter Unternehmen in den Bereichen der Pharma-, Batterie- und Chipindustrie. Wir tragen auch Verantwortung für den Erhalt guter Arbeitsplätze im Maschinenbau, der Schifffahrtsindustrie und insbesondere der Automobilbranche.

Dieser Bundeshaushalt 2025 darf kein Sparhaushalt sein, sondern muss Sicherheit, Zusammenhalt und Investitionen stärken. 489

Milliarden Euro sind im Bundeshaushalt vorgesehen, davon 81 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen in moderne Infrastruktur, in Kitas und Schulen, in Digitalisierung und Klimaschutz sowie in gute Arbeitsplätze.

Es ist auch richtig, dass Deutschland das 2-Prozent-Ziel der NATO erfüllt und auch erforderlich, dass wir unseren internationalen Zusagen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nachkommen. Wer weniger illegale Migration nach Europa möchte, muss auch Fluchtursachen bekämpfen und in Heimatländern Perspektiven für gutes Leben unterstützen.

SPD Fraktion im Bundestag

Haushaltentwurf 2025

Für ein starkes, soziales und sicheres Deutschland

Wir investieren in

- **sozialen Zusammenhalt**
- **wirtschaftlichen Erfolg und gute Arbeit**
- **innere und äußere Sicherheit**



Bundshaushalt 2025 - Die Fakten

Der Entwurf der Bundesregierung sieht für 2025 Ausgaben von 488,61 Milliarden Euro vor (bisherige Finanzplanung für 2025: 451,8 Milliarden Euro).

Die Investitionen liegen bei 81,01 Milliarden Euro und steigen im Vergleich zu diesem Jahr deutlich an (2024: 70,82 Milliarden Euro).

Der größte Einzelplan ist der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Mit 179,3 Milliarden Euro entsprechen die Ausgaben rund 37 Prozent des Gesamthaushalts. Es folgt der Verteidigungsetat (ohne Sondervermögen der Bundeswehr) mit Ausgaben in Höhe von 53,3 Milliarden Euro (rund elf Prozent des Gesamtetats, 2024: rund 52 Milliarden Euro) vor dem Etat des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr mit Ausgaben in Höhe von 49,7 Milliarden Euro (rund zehn Prozent des Gesamtetats, 2024: rund 44,4 Milliarden Euro).

Es ist eine Nettokreditaufnahme von 51,3 Milliarden Euro vorgesehen, was dem entspricht, was die Schuldenregel verfassungsmäßig zulässt.

Mit dem Entwurf hat die Bundesregierung das Parlament vor die Herausforderung gestellt, für eine sogenannte Globalen Minderausgabe (GMA) von 12 Milliarden Euro realistische Vorschläge zu unterbreiten. Auch das wird eine Aufgabe sein, die nun im parlamentarischen Verfahren in enger weiterer Abstimmung mit der Bundesregierung anzugehen ist.

Sicherheitspaket der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um die Sicherheitslage in Deutschland zu verbessern. Außerdem hat Bundesinnenministerin Faeser nun Binnengrenzkontrollen an allen deutschen Landgrenzen ab dem 16. September 2024 angeordnet.

Es ist ein gutes und deutliches Zeichen, dass es Nancy Faeser in den regierungsinternen Haushaltsverhandlungen gelungen ist, den Etat des Bundesinnenministeriums um 1,5 Milliarden Euro gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung anzuheben. Innere Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt wird so ganz erheblich und dauerhaft gestärkt.



Mehr Geld gibt es (insgesamt 918 Millionen Euro) für den Sicherheitsbereich, mit Zivilschutz und Digitalfunk, 300 Millionen Euro mehr für Digitalisierung, u.a. Netze des Bundes und 200 Millionen Euro, um die Asylverfahren zu digitalisieren. Die Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) werden mit zusätzlichen Mitteln für Ausstattung gestärkt. Der Etat der Bundespolizei wird um 415 Millionen Euro angehoben, als Ausnahme von der pauschalen Nullrunde im Personalbereich erhält die Bundespolizei 1.000 neue Stellen zur Übernahme fertig ausgebildeter Anwärter.

Das Sicherheitspaket kann nun umgesetzt werden. Geplant ist, dass die Koalitionsfraktionen hierzu zwei Gesetzesvorhaben aus der Mitte des Bundestages einbringen. Die Bundesregierung hat die entsprechenden Formulierungshilfen am 9. September 2024 durch Beschluss im Kabinett auf den Weg gebracht.

Der Anschlag in Solingen hat gezeigt, dass der islamistische Terror eine der größten Gefahren für Deutschland darstellt. Die Bundesregierung hat ihre Schlüsse aus dem grausamen Attentat gezogen und ein umfassendes Sicherheitspaket vorgelegt. Damit werden Abschiebungen erleichtert, die Behörden im Kampf gegen gewaltbereiten Islamismus gestärkt und das Waffenrecht weiter verschärft.

Maßnahmen im Sicherheitspaket zur Bekämpfung von irregulärer Migration:

- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darf zukünftig biometrische Daten nutzen, um die Identität von Schutzsuchenden festzustellen.
- Schutzsuchende, für die laut Dublin-Regelung ein anderer europäischer Staat zuständig ist, sollen künftig keine Sozialleistungen mehr erhalten, wenn der zuständige Mitgliedsstaat der Rückübernahme zugestimmt hat.
- Eine „Dublin-Task Force von Bund und Ländern“ wird dafür Sorge tragen, dass mehr Schutzsuchende, die bereits in einem anderen EU-Land registriert sind, in den zuständigen Staat überstellt werden können.
- Bei Reisen ins Herkunftsland, die nicht unbedingt notwendig sind, erfolgt die Aberkennung des Schutzstatus. Geflüchtete aus der Ukraine sind hiervon nicht betroffen.



Gesundheitspolitik

Mit der Einführung von Vorhaltepauschalen und bundesweiten Qualitätskriterien im Rahmen der Krankenhausreform wird sich die medizinische Versorgung verbessern und der wirtschaftliche Druck in Kliniken sinken. Bei Long Covid stellen wir mehr Mittel für entsprechende Ressortforschung und Versorgungsangebote für Kinder und Jugendliche bereit. Außerdem investieren wir in Suchtprävention und Drogenaufklärung, Kindergesundheit, in den öffentlichen Gesundheitsdienst und in die internationale Gesundheitsförderung.



Edgar Franke mit Karl Lauterbach auf der Regierungsbank bei der Debatte des Einzelplans 15.

Der Einzelplan 15 des Bundeshaushalts 2025 umfasst Ausgaben von 16,44 Milliarden Euro (2024 16,71 Milliarden Euro). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) kann mit Einnahmen von 106,18 Millionen Euro rechnen (2024: 104,32 Millionen Euro). Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich bis zum Jahr 2028 auf 299,36 Millionen Euro. Die „pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben“, die Zuführung an den Gesundheitsfonds, umfasst wieder 14,5 Milliarden Euro.

Die Ausgaben für Pflegevorsorge und sonstige soziale Sicherung betragen 81,77 Millionen Euro (2024: 79,61 Millionen Euro). Für die Prävention und für die Gesundheitsverbände sind insgesamt noch 959,29 Millionen Euro vorgesehen. Die Zuschüsse zur Bekämpfung des neuen Coronavirus liegen bei 60 Millionen Euro (2024: 15 Millionen Euro). Die Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen Sars-CoV-2 sollen auf 427,42 Millionen Euro steigen (2024: 346,23 Millionen Euro).

Der „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ soll mit 54,22 Millionen Euro bedacht werden, nach 163,82 Millionen Euro in diesem Jahr. Für Forschungsvorhaben und -einrichtungen sind 185,15 Millionen Euro eingeplant (2024: 176 Millionen Euro). Das „internationale Gesundheitswesen“ ist mit 132,35 Millionen Euro (2024: 133,61 Millionen Euro) im Etat vertreten. Davon sind - wie auch in diesem Jahr - 60,25 Millionen Euro zur Stärkung der internationalen öffentlichen Gesundheit vorgesehen.



Was 2024 noch auf den Weg gebracht wird

<p>(1) Krankenhausreform Wir garantieren Krankenhäusern durch Vorhaltepauschalen ein Grundbudget. Wir erhöhen die Behandlungsqualität, indem Krankenhäuser nur noch die Eingriffe vornehmen dürfen, für die sie qualifiziert sind (Leistungsgruppen). Und wir sichern kleine Krankenhäuser in ländlichen und/oder strukturschwachen Regionen.</p>	<p>spenden würden, aber es aus medizinischen Gründen nicht können. Durch das neue Gesetz helfen wir ihnen, sich mit gleichgesinnten Betroffenen gegenseitig zu helfen („Überkreuzlebendnierenspende“).</p>
<p>(2) Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz Durch den Wegfall der Budgets wird es für Hausärzte attraktiver, wieder mehr Patienten anzunehmen. Unnötige Quartalsuntersuchungen entfallen, überfüllte Wartezimmer werden vermieden.</p>	<p>(8) Apothekenreform Wir wollen eine flächendeckende Apothekenversorgung insbesondere im ländlichen Raum gewährleisten, indem wir die Vergütung überarbeiten und die Gründung und den Betrieb von Apotheken erleichtern.</p>
<p>(3) Reform der Notfallversorgung Wir wollen Notfallaufnahmen entlasten und eine schnellere Behandlung der Patientinnen und Patienten sicherstellen.</p>	<p>(9) Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen Mit dem Aktionsplan wollen wir Hindernisse beim Zugang zu gesundheitlicher Versorgung beseitigen.</p>
<p>(4) Digitalagenturgesetz Mit einer Digitalagentur wird die Digitalisierung des Gesundheitswesens künftig effektiver gesteuert.</p>	<p>(10) Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) Mit dem BIPAM fördern wir den Austausch von Wissenschaft, Politik und Praxis und stärken die Prävention in der Bevölkerung.</p>
<p>(5) Suizidpräventionsgesetz Wir setzen die Suizidpräventionsstrategie und ihre Umsetzungsstrategie (siehe unten) gesetzlich um.</p>	<p>(11) Pflegekompetenzgesetz & Pflegeassistentengesetz Pflege kann viel mehr, als sie heute darf. Deswegen wollen wir ihre Kompetenzen erweitern. Mit einer generalistischen Pflegeassistentenausbildung wird die Attraktivität des Berufs gesteigert.</p>
<p>(6) Gesundes-Herz-Gesetz Derzeit sterben die Deutschen insbesondere wegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen im Durchschnitt fast zwei Jahre früher als andere Westeuropäerinnen und -europäer. Deswegen brauchen wir einen besseren Zugang zu Früherkennung und Behandlung.</p>	<p>(12) Pflegereform Wir legen ein Gesamtkonzept für mehr Kapazitäten beim Pflegepersonal, das stärkere Vermeiden von Pflegebedürftigkeit und das Schließen der Finanzlücke in der Pflegeversicherung vor.</p>
<p>(7) Lebendorganspende Zu viele Menschen sterben, weil sie auf ein Spenderorgan warten. Dabei sind auch viele Paare, die sich gegenseitig ein Organ</p>	<p>(13) Bürokratieabbau im Gesundheitswesen Mit einem eigenen Gesetz wollen wir gezielt unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen und in der Pflege abbauen.</p>

Was 2024 schon angepackt wurde

<p>(1) Bundes-Klinik-Atlas Patientinnen und Patienten gewinnen an Orientierung im deutschen Krankenhaus-Dschungel: Der digitale Bundes-Klinik-Atlas zeigt schnell und verständlich, welches Krankenhaus für welchen Eingriff gut geeignet ist.</p>	<p>(5) Medizinforschungsgesetz Mit dem Medizinforschungsgesetz verringern wir Bürokratie und setzen mehr Anreize, in Deutschland Medikamente zu entwickeln und zu produzieren.</p>
<p>(2) Krankenhaustransparenzgesetz Gesetzliche Grundlage für den Bundes-Klinik-Atlas, aber auch: 6 Milliarden Euro Liquidität, die die Krankenhäuser früher erhalten und die ihnen helfen, Insolvenzen abzuwenden.</p>	<p>(6) Nationale Suizidpräventionsstrategie & Umsetzungsstrategie Mit einer bundesweiten Koordinierungsstelle für Beratungs- und Kooperationsangebote, besonderen Schulungen für Fachkräfte im Gesundheitswesen und Pflege sowie einer zentralen deutschlandweiten Krisendienst-Notrufnummer wollen wir zielgenau helfen und vorbeugen.</p>
<p>(3) Cannabisgesetz Trendwende in der Drogenpolitik: Kontrollierte Abgabe von Cannabis bei gleichzeitiger Stärkung des Gesundheits- und Jugendschutzes.</p>	<p>(7) Keine Leistungskürzungen in Gesundheit und Pflege – trotz angespannter Haushaltslage Auch 2024 wurde der Leistungskatalog der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung nicht gekürzt. Für alle Versicherten gilt weiter das umfassende Leistungsversprechen.</p>
<p>(4) Digitalgesetz & Gesundheitsdatennutzungsgesetz Das Digital-Gesetz vereinfacht den Behandlungsalltag für Ärztinnen und Ärzte sowie für Patientinnen und Patienten mit digitalen Lösungen. Zentral: die elektronische Patientenakte (ePA) für alle. Mit dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz werden Gesundheitsdaten für die Forschung erschlossen.</p>	<p>(8) Hitzeschutz Nachdem wir 2023 einen allgemeinen Hitzeschutzplan für Gesundheit vorgelegt haben, folgten 2024 spezifische Bundes-Hitzeschutzpläne speziell für Pflegeheime und Krankenhäuser.</p>



Krankenhaustour auch während der parlamentarischen Sommerpause fortgesetzt

Edgar Franke besuchte das Johanna Etienne Krankenhaus in Neuss, um sich über die neuesten digitalen Entwicklungen in der Patientenversorgung zu informieren. Ziel des Besuchs war es, die fortschrittliche Digitalisierung in der Verzahnung von ambulanter und stationärer Patientenversorgung zu demonstrieren, die im Krankenhaus bereits erfolgreich praktiziert wird und den Patienten einen schnelleren, direkteren und einfacheren Zugang zu medizinischen Leistungen in Neuss bietet.

Begleitet wurde Dr. Franke von Daniel Rinkert, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Neuss, sowie von Vertretern der Firma Doctolib, die digitale Lösungen wie die digitale Überweisung und Patientenaufnahme im Krankenhaus umgesetzt hat. Im Gespräch betonte Rainer Pappert, Geschäftsführer der St. Augustinus Gruppe, zu der die Klinik gehört, die Bedeutung von digitalen Tools, die bereits heute eine verbesserte sektorenübergreifende Versorgung für die Menschen im Rhein-Kreis Neuss ermöglichen.

Franke betonte dabei, dass dank des Digitalgesetzes und des Gesundheitsdatennutzungsgesetzes endlich auch in Deutschland digitale Prozesse im Gesundheitsbereich einen Schub bekommen haben.

Neben den neusten Entwicklungen in der Gesundheits-IT war der Schwerpunkt des Besuchs die Krankenhausreform mit der Reform der Krankenhausfinanzierung.

Bild von links: Mit dem MdB-Kollegen Daniel Rinkert, Sebastian Baum (Klinikleitung), Rainer Pappert (Geschäftsführer St. Augustinus-Gruppe) sowie Claudius Guttman (Chief Digital Officer der St. Augustinus-Gruppe).





Neue Praktikantin im Team Franke



Pauline Fritz stellt sich vor: „Mein Name ist Pauline Fritz, ich bin 23 Jahre alt und komme aus Homberg (Efze). Derzeit studiere ich Politikwissenschaft und Soziologie in Berlin.

Es ist mir eine große Freude, in den kommenden neun Wochen die Gelegenheit zu haben, einen tiefen Einblick in die politische Arbeit zu gewinnen. Besonders spannend ist für mich die Möglichkeit, die Abläufe und Herausforderungen in einem Abgeordnetenbüro sowie die vielseitigen Tätigkeiten eines Parlamentarischen Staatssekretärs im Bereich des Gesundheitswesens hautnah zu erleben.

Nachdem ich mich in den letzten Jahren im Rahmen meines Studiums mit den theoretischen Grundlagen der Politik auseinandergesetzt habe, freue ich mich nun umso mehr darauf, das theoretische Wissen durch praktische Erfahrungen zu ergänzen, was in einer

Zeit, in der die politische Lage sowohl national als auch international von großen Herausforderungen und dynamischen Veränderungen geprägt ist, besonders spannend ist.

Ich bin gespannt darauf, welche Aufgaben und Erlebnisse mich in den kommenden Wochen erwarten und welche Einblicke ich in die politische Praxis gewinnen werde. Für die Chance, die politischen Prozesse und die Arbeit eines Abgeordneten aus nächster Nähe kennenzulernen, bin ich äußerst dankbar.“



Ausgezeichnet

Edgar Franke wurde beim diesjährigen Antwort-Ranking von [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de) für seine hohe Antwort-Quote mit der höchsten Kategorie "hervorragend" ausgezeichnet. Alle Anfragen wurden beantwortet.

Sie finden die vollständige Auswertung des diesjährigen Antwort-Rankings unter...

<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/parlamente/antwort-ranking-2024-wie-antworten-ihre-abgeordneten>

Wahlkreisfahrt - zu Besuch im politischen Berlin

Drei Tage lang erlebten wieder Bürgerinnen und Bürger aus Schwalm-Eder und Frankenberg in Berlin aktuelle Bundespolitik hautnah.

Neben dem Besuch des Bundestages mit der Besichtigung des Plenarsaals und einem Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments wurde die Kuppel des Reichstagsgebäudes begangen (Foto). Das weitere umfangreiche Programm umfasste auch eine Stadtrundfahrt und den Besuch des ZDF-Morgenmagazins mit Live-Übertragung.



Bilder der Woche

Krankenhausgipfel 2024: „Die große Krankenhausreform – wie bringen wir sie gemeinsam zu einem guten Ende?“



Gleich Montag begann die erste Sitzungswoche in Berlin mit dem Krankenhausgipfel der Deutschen Krankenhausgesellschaft, wo ich gleich an einer Podiumsdiskussion teilnehmen konnte.

In einer zweistündigen engagierten, aber sehr sachlichen und offenen Diskussion wurden Inhalt und Verfahrensstand der geplanten Krankenhausreform in den Fokus genommen. Im Hinblick auf das aktuelle parlamentarische Verfahren und die laufenden Berichterstattegespräche ist jetzt der passende Zeitpunkt, um mögliche Anpassungsbedarfe und Feinjustierungen zu identifizieren und Schlussfolgerungen zu ziehen.



Bilder von links: die Moderatorin Lisa Braun, Edgar Franke, MdB Timo Sorge und rechts der Vorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft Dr. Gerald Gaß.



Parlamentarischer Abend der Gesundheitshandwerker

Am 11. September haben die vier Gesundheitshandwerke (Augenoptik, Hörakustik, Orthopädietechnik und Zahntechnik) ihren Parlamentarischen Abend in der Vertretung des Landes Hessen beim Bund veranstaltet.

Die Gesundheitshandwerke tragen mit ihren hochwertigen Produkten wesentlich dazu bei, die Folgekosten im Gesundheitssystem zu senken, auch wenn sie nur einen kleinen Teil der gesamten Leistungsausgaben ausmachen. In Zukunft sollten die Gesundheitshandwerke eine größere Verantwortung übernehmen und eigenständiger als bislang



Im Bild mit Jörg Dittrich (Präsident des Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und Eberhard Schmidt (Präsident der Bundesinnung der Hörakustiker (biha)

Hilfsmittel bereitstellen, um dem Ärztemangel begegnen zu können.

Edgar Franke betonte in seinem Impulsvortrag „Herausforderungen der Gesundheitshandwerke“, dass Bürokratie dabei reduziert werden müsse, um eine adäquate Versorgung der Gesundheitshandwerke auch zukünftig gewährleisten zu können. Denn gerade die Produkte der Gesundheitshandwerke erhöhen die Lebensqualität und die Teilhabe



der Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben und sind ein unerlässlicher und bedeutsamer Teil der Gesundheitsversorgung.





Gruppenbild um den Hessen-Löwen im Garten der Hessischen Landesvertretung in Berlin

v.l.n.r.: Dominik Kruchen, Präsident des Verbands der Deutscher Zahntechnikerinnungen (VDZI), Alf Reuter (Präsident der Landesinnung Hessen für Orthopädie-Technik (BIV-OT), PStS Prof. Dr. Edgar Franke MdB, Christian Müller, Präsident des Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Jörg Dittrich (Präsident, ZDH), Eberhard Schmidt (Präsident, biha)

Olav Gerlach von der Interessengemeinschaft Therapeuten Schleswig-Holstein e.V. und dem BED e.V. Bundesverband für Ergotherapeut:innen in Deutschland kam mit Kollegen in Berlin mit Gesundheitspolitiker zu unterschiedlichen Themen zusammen. In einem vertrauensvollen Vier-Augen-Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Dr. Edgar Franke, konnte er auf die Dringlichkeit eines zügigen Gesetzgebungsverfahrens zum Physiotherapieberufereformgesetz (PhyThBRefG) und den nachfolgenden Gesetzen für Logopädie und Ergotherapie hinweisen.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net, Seite 3 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 6 Screenshot des Parlamentsfernsehens im Deutschen Bundestag, Seite 8 Edgar Franke, Quelle Gesundheitsetat <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1015406#:~:text=Der%20Einzelplan%2015%20des%20Bundeshaushalts,104%2C32%20Millionen%20Euro>, Seite 10 Onno Wulf, Seiten 11 und 12 Edgar Franke, Seite 13 Onno Wulf.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.